



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 3. Ratssitzung vom 18. Mai 2022

95. 2022/128  
**Dringliches Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 06.04.2022:**  
**Zusätzliche Unterstützung der ukrainischen Flüchtlinge an der Grenze zu ihrem Heimatland**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5211/2022): Ein Bild hat meinen Eindruck vom Krieg in der Ukraine geprägt: Es zeigt, wie die Leiche einer Frau ausgegraben wird, die von den Russen gefesselt, erschossen und vergraben worden war. Die Finger der Frau waren lackiert. Sie hat sich schön gemacht, als der Krieg bereits wochenlang tobte. Dieses Bild prägt in meinen Augen die Unsinnigkeit dieses Krieges. In einer demokratischen Gesellschaft muss jede Unterstützung geprüft werden, wenn ein diktatorisches Regime eine Demokratie angreift. Der freiheitsliebende, demokratische Westen muss die angegriffene Demokratie unterstützen. Deswegen findet die SVP, dass diesen Menschen geholfen werden muss. Ich fände es schön, wenn dieses Anliegen keine Diskussion auslösen würde und stattdessen alle Parteien diesen Antrag gutheissen würden. Es sollte nicht um einzelne Franken, einzelne Kommastellen der Unterstützungsgelder gehen. Den Textänderungsantrag der FDP, die den Betrag mit Blick auf das Budget als zu gross kritisiert, finde ich schäbig. Ein kurzer Blick in die Welt zeigt, dass dieser Vorstoss unterstützt werden muss.*

***Dominique Zygmunt (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 11. Mai 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Samuel Balsiger (SVP) hat nicht mit allem Unrecht, was er sagte. Allerdings stimmte die Begründung, die er uns für den Textänderungsantrag in den Mund legte, nicht. Wir sind absolut überzeugt, dass man den Menschen, die bis zu uns in den Westen flüchten, helfen muss. Wir müssen ihnen Sicherheit und eine Perspektive bieten. Das gilt für Massnahmen der öffentlichen Hand, aber auch für das bewundernswerte Angebot von Privaten. Trotzdem ist es unsere Pflicht, ein Postulat wie das Vorliegende kritisch zu betrachten. Dabei kamen wir zum Schluss, dass dieses Postulat diese Hilfe nicht ermöglichen würde. Es geht uns nicht ums Geld. Es geht uns darum, dass Menschen «vor Ort» und «an der Grenze» geholfen werden soll - zusätzlich zur Unterstützung, die der Stadtrat bereits bewilligt hat. Der Betrag des Stadtrats war richtig. Dieses Postulat lässt aber die Handlungsrichtung völlig offen. Ebenfalls problematisch finden wir, dass unklar ist, an wen die Hilfe ausgezahlt werden soll. Dieser Ansatz ist gerade jetzt falsch. Es herrscht Krieg. Menschen flüchten, damit sie nicht «vor Ort» und «an der Grenze» bleiben müssen, sondern in einem Land temporär oder auch langfristig Sicherheit finden können. Die Regionen, die die SVP meint, sind nicht sicher genug. Es dürfte schwierig sein, einer Familie dort die nötige Unterstützung zukommen*



zu lassen, zum Beispiel bei der Einschulung der Kinder. Das gehört aber zur Hilfe dazu. Die Hilfe vor Ort, die hier angesprochen wird, mag in anderen Krisenlagen hilfreich sein. Es gibt bestimmt auch Organisationen, die in der Lage sind, das Leid vor Ort zu lindern. In diesem Krieg mit diesen Flüchtlingsbewegungen braucht es aber entschlossenes Handeln, hier bei uns. Das ist ein Zeichen unserer humanitären Verantwortung und Tradition sowie eine eindeutige Botschaft, dass sich Europa angesichts dieser Aggression nicht spalten lässt. Genau davon lenkt dieses Postulat ohne Notwendigkeit ab.

**Nadina Diday (SP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Die humanitäre Hilfe der Stadt Zürich ist ein Ausdruck ihrer Solidarität für die über 13 Millionen Geflüchteten, die momentan unterwegs sind. Diese brauchen in der Ukraine und in den Nachbarländern Unterstützung, weil von den 13 Millionen rund 5,6 Millionen Menschen in Polen, Moldawien und anderen Nachbarländern sind. Über 8 Millionen Menschen sind Binnenflüchtlinge, die in der Westukraine unterkamen. All diese Menschen brauchen Hilfe – unsere Hilfe. Deshalb schlägt die SP folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Geflüchteten aus der Ukraine sowohl in den Nachbarländern als auch in der Ukraine mit zusätzlichem Budgetkredit unterstützt werden können. Es geht um Hilfe vor Ort.» Ich würde mich sehr freuen, wenn die Postulanten dieser Textänderung zustimmen würden.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Anken (SVP):** Wir haben absichtlich offengelassen, wie der Stadtrat genau handeln soll. Hilfe ist aber dringend notwendig, das hat Samuel Balsiger (SVP) gesagt. Es geht um Demokratie oder Diktatur in Europa, es ist eine Zäsur. Wir müssen diesen Menschen helfen, es bleibt uns nichts anderes übrig. Es gibt ausserdem viele Frauen und Männer, die nicht in den Westen reisen, sondern in der Nähe der Ukraine bleiben wollen. Wie Nadina Diday (SP) gesagt hat: Genau diesen Menschen müssen wir helfen, damit sie während des Krieges ein anständiges Leben führen können. Die Flüchtlinge brauchen diese Soforthilfe. Es geht um Demokratie. In Bern gibt es bereits Bestrebungen, nur noch Menschen aus dem Donbass den Schutzstatus S zu gewähren. Wir gehen davon aus, dass bis im Herbst 2022 rund 120 000 ukrainische Flüchtlinge in die Schweiz kommen werden. Wenn sie kommen, werden sie aufgenommen – es sind schliesslich echte Flüchtlinge, das sieht auch die SVP so.

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** Es ist unumstritten, dass ukrainische Flüchtlinge unterstützt werden müssen. Das ist keine Frage des Geldes. Wir unterstützen den Textänderungsantrag der SP und stellen uns gegen das Postulat der SVP. Wir können uns mit der Formulierung «Männer dürften sich kurzzeitig im Ausland zur Besammlung zurückgezogen haben. Und kämpfen nun wieder für ihr Heimatland» nicht identifizieren. Diese Formulierung lässt den Rückschluss zu, dass nur Männer gesehen werden, die sich wieder am Krieg beteiligen möchten. Das schliesst viele aus – Frauen und Kinder, und Menschen, die in der Ukraine leben, aber nicht wie Ukrainer aussehen. Das ist für uns inakzeptabel. Ausserdem impliziert die Formulierung des Postulates – also die Betonung darauf, dass Hilfe vor Ort geleistet werden soll – dass diese Menschen in der Nähe der Ukraine gehalten werden sollen, damit sie nicht in die Schweiz kommen.



**Dr. Christian Monn (GLP):** *Es fällt mir schwer, ein Postulat abzulehnen, das – zumindest auf den ersten Blick – Flüchtenden hilft. Wenn man das Postulat liest, bleibt dessen genauer Zweck aber unklar. Die Situation der Flüchtenden ändert sich jeden Tag. Die Bevölkerung in ganz Europa hilft, auch in Zürich. Mit dem Satz «Unsere Unterstützung für die mutigen ukrainischen Männer und Frauen ist absolut angebracht.» ist die GLP einverstanden. An den Grenzen zur Ukraine sind Nichtregierungsorganisationen, staatliche Akteure und zahlreiche Helfende positioniert. Was dieses Postulat hinzufügen soll, ist unklar. Wir haben nicht das Gefühl, dass dieses Postulat Hilfe leisten kann. Wir unterstützen aber die Textänderung der SP, weil diese tatsächliche Hilfe bringen würde.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Es geht darum, ein Signal zu setzen. Dass die Formulierung nicht sehr konkret ist, hat seinen Sinn: Je konkreter, desto mehr Widerstand kommt auf. Die Kritik der AL ist gesucht und kein Argument für eine Ablehnung.*

**Samuel Balsiger (SVP)** *ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Die zweite Geschichte, die mein Bild dieses Krieges geprägt hat, war die Meldung, dass Pfleger von Heimen für geistig Behinderte vor den Russen flüchten. Der Diktator Putin war falsch informiert: Er meinte, er könne militärische Infrastruktur zerbomben und die ganze Ukraine würde ihm zujubeln. Jetzt merkt er, dass das nichts mit der Realität zu tun hat. Deshalb wird alles zerstört. Der ukrainische Widerstandswille soll mit allen Mitteln gebrochen werden. Es gibt in diesem Krieg keinen Sinn. Eine Weltarmee überfällt ein Land und zerbombt alles – und Sie argumentieren mit Kommastellen. Die SVP will diesen Menschen, die vor russischen Angriffen flüchten müssen, helfen. Dagegen werden kleinliche Argumente ins Feld geführt, anstatt dass einstimmig von links bis rechts ein Zeichen gesetzt wird. Diese Argumente sind schäbig, wir sind nicht bereit, auf dieses Niveau zu sinken. Wir lehnen die Textänderung ab.*

**Karin Weyermann (Die Mitte):** *Auch wenn ich die Ablehnung der Textänderung bedaure, wird die Mitte/EVP-Fraktion dieses Postulat unterstützen. Die bisherige Debatte erweckte den Eindruck, dass vielen suspekt ist, dass das Postulat von der SVP kommt. Die Mitte hat das Postulat unabhängig davon angeschaut. Wir folgen dem Grundsatz: Das eine tun, das andere nicht lassen. Wir unterstützen ukrainische Flüchtlinge in der Schweiz, die zu uns kommen dürfen und sollen, ohne Hilfe vor Ort auszuschliessen. Weil das Postulat Hilfe vor Ort fordert, unterstützen wir dieses.*

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** *Ich finde es begrüßenswert, dass uns Samuel Balsiger (SVP) die Grausamkeiten des Krieges präsentiert. Als ich zu einem früheren Zeitpunkt das Bild eines Opfers des spanischen Bürgerkriegs gezeigt hatte, hat das die SVP nicht schockiert. Stattdessen hatte mir die Partei Emotionalität vorgeworfen. Wir begrüßen also, dass die SVP entdeckt, dass es Krieg gibt. Allerdings trifft Krieg immer Menschen – egal ob diese blond und blauäugig, Südländer oder afrikanische Menschen sind. Ausserdem ist die SVP die grösste «Putinverstherin» im Land. Beispielsweise hat sich die SVP am stärksten für die Pauschalbesteuerung eingesetzt, die für intransparente Finanzflüsse gesorgt hat und damit auch dem Putin-Regime nützt. Die AL hat diese Besteuerung bekämpft. Die SVP sagt, es gehe lediglich um Wörter. So stimmt das*



*nicht. Als die AL Hilfe für Kurdistan gefordert hatte, fand die SVP, dass es sich um eine Bundesaufgabe handle. Wir sind gegen das Postulat, weil dahintersteht, dass wir helfen sollen, weil Menschen hellhäutig sind. In der Fassung ohne den Textänderungsantrag können wir den Vorstoss nicht annehmen.*

**Nadina Diday (SP):** *Ich finde es sehr schade, dass die Textänderung der SP abgelehnt wurde. Sie hätte mehr Geflüchtete eingeschlossen. Es wäre genau jenen Menschen geholfen worden, die Samuel Balsiger (SVP) erwähnt hat. Wir hätten uns finden können. Wir werden das Postulat nach diesem Votum der SVP ablehnen, werden aber die Budgetdebatte im Juni nutzen, um die humanitäre Hilfe auszubauen.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Die AL behauptet, dass die SVP eine Ansammlung von «Putinverstehern» sei. David Garcia Nuñez (AL) hat mich damit persönlich beleidigt. Offensichtlich hat er nicht zugehört, als ich «Putinverstehern» in meiner Rede zur Eröffnung der Legislatur kritisiert habe. Ausserdem nehme ich Abstand vor Überinterpretationen. Wenn ich überinterpretieren würde, könnte ich sagen, dass die Argumente der AL auch von «Putinverstehern» hätten kommen können. Das mache ich aber nicht.*

**Dominique Zygmunt (FDP):** *Es geht darum, was im Postulat steht und was nicht. Uns wurde vorgeworfen, dass wir zu stark aufs Geld achten würden. Allerdings hätte das Postulat eine Chance auf eine grosse Mehrheit, wenn die Textänderung angenommen würde. Wenn diese angenommen würde, könnten wir das Postulat auch unterstützen.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Das unwürdige Spiel geht weiter. Während in der Ukraine Krieg geführt wird, werden hier kleine Rachespielchen gespielt. Das ist sehr schäbig. Den Textänderungsantrag nehmen wir nicht an. Eigentlich wollten wir eine Namensabstimmung, damit alle hinstehen müssen, die gegen diesen Vorschlag sind. Diese Abstimmung würde auch protokolliert; jeder könnte nachlesen, dass die SVP helfen wollte, während alle anderen keine Grösse hatten. Der Krieg in der Ukraine ist eine Zeitenwende, so etwas hat es in den letzten Jahrzehnten nie gegeben. Deshalb müssen wir Grösse zeigen. Die Demokratie ist es wert. Es braucht auch nicht mehr Geld, kein grösseres Budget. Jene, die jetzt dagegen sind, argumentieren mit Geld. Wenn man es genau betrachtet, sind die Gegner dieses Postulats kaltherzige Kapitalisten, die das Wohl von Menschen weniger wichtig finden, als Geld. Das ist es, das dem linken Feindbild des Kapitalisten immer vorgeworfen wird – und jetzt tun sie es selbst. Die SVP spricht von Flüchtlingen und Demokratie, die anderen nur von Geld. Eines davon zeugt von einer gewissen Grösse, das andere ist schäbig.*

Das Dringliche Postulat wird mit 24 gegen 94 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat